

Moosburger Zeitung

Isar Post · Zeitung für Moosburg und die Landkreise Freising und Erding

Nummer 190

Johannes Eudes, Sigbert – Montag, 19. August 2013 – Blaise Pascal

1,30 € / B 4964 A

LOKALES

Beirat ist seit zehn Jahren für die Senioren aktiv

REGIONALES

Der Welterbe-Titel ist nicht nur ein Segen für die Stadt Regensburg

DIE SEITE DREI

Scotland Yard prüft neue Hinweise zum Tod von Lady Di

WIRTSCHAFT

Deutsche Bahn: Grube entschuldigt sich für die Personalprobleme

SPORT

Dortmund und Bayern schon wieder an der Bundesliga-Spitze

Ägyptens Regierung hält in Machtkampf an hartem Kurs fest

Verbot der Muslimbrüder im Gespräch – Machthaber in Kairo weisen Appelle des Westens zurück

Kairo. (dpa) Ägypten droht ein langer und blutiger Machtkampf zwischen der islamistischen Muslimbruderschaft und der vom Militär eingesetzten Übergangsregierung. Die neuen Machthaber in Kairo wollen sich auch durch Kritik westlicher Geberländer nicht von ihrem harten Kurs gegen die entmachteten Muslimbrüder abbringen lassen. Sie kündigten am Wochenende eine Politik der „eisernen Faust“ an und diskutierten über ein Verbot der Islamisten-Organisation. Die Islamisten-Bewegung mobilisierte gestern erneut Tausende von Anhängern, die gegen den „Militärputsch“ demonstrierten. Die Europäische Union (EU) will ihre Beziehungen zu Ägypten überprüfen.

Bei einer Geiselnahme während eines Ausbruchs von festgenommenen Muslimbrüdern in Kairo starben gestern möglicherweise zwischen 36 und 38 Menschen. Das berichtete der arabische Nachrichtensender Al-Dschasira am Abend. Die bereits am Samstag festgenommenen Männer hätten gestern während ihres Transports zu einem Gefängnis einen Polizeioffizier als Geisel genommen und einen Fluchtversuch unternommen. Andere Polizisten hätten von außen durch die Fenster des Gefangenentransporters das Feuer eröffnet und alle 38 Insassen des Fahrzeugs erschossen.

Eine offizielle Stellungnahme der Behörden dazu gab es nicht. Das Staatsfernsehen meldete dagegen am Abend, eine Gruppe von Bewaffneten habe versucht, den

Transport zu stoppen, mit dem 612 Gefangene in die Haftanstalt gebracht werden sollten. Es entbrannte nach diesen Angaben ein Gefecht zwischen der Polizei und den Angreifern. Dabei seien 36 der Angreifer getötet worden.

Eine ursprünglich für gestern geplante Kundgebung auf dem Roxy-Platz in Kairo wurde von den Muslimbrüdern „aus Sicherheitsgründen“ abgesagt. Eine Kundgebung vor dem Verfassungsgericht fiel laut staatlichem Fernsehen aus, weil die Sicherheitskräfte die Straßen rund um das Gebäude weiträumig abgesperrt hatten. In anderen Stadtvierteln von Kairo und in mehreren Provinzstädten fanden unterdessen Protestmärsche der Anhänger von Ex-Präsident Mohammed Mursi statt, den das Militär am 3. Juli abgesetzt hatte. In der Provinz Al-Buheira kam es zu Gewalt zwischen Anhängern und Gegnern von Ex-Präsident Mohammed Mursi.

Bundeskanzlerin Angela Merkel will angesichts der Gewalt in Ägypten einen Stopp der Waffenexporte in das Land prüfen. Die Botschafter der 28 EU-Staaten beraten heute in Brüssel über eine europäische Reaktion auf das Blutvergießen.

Die Regierung in Kairo reagierte trotz auf alle Appelle. Außenminister Fahmi sagte, seine Regierung habe die Aufgabe, Recht und Ordnung durchzusetzen. Davon werde sie sich auch durch die Streichung von Entwicklungshilfeprojekten nicht abbringen lassen. Die Regierung drohte, mit eiserner Faust gegen Terroristen vorzugehen.



CHRISTINA OBERGFÖLL IST ERSTMALS SPEERWURF-WELTMEISTERIN: Die 31-Jährige siegte gestern bei der WM in Moskau mit der persönlichen Saisonbestweite von 69,05 Metern. Nach fünfmal Silber bei großen Meisterschaften ist dies ihr erstes Gold. Zweite wurde die Australierin Kimberley Mickle mit 66,25 Metern vor Titelverteidigerin Maria Abakumowa aus Russland (65,09 Meter). *Sport*

„Unser Herz schlägt bayerisch“

Ministerpräsident Horst Seehofer würdigt Folgen der Schlacht von 1313

Gammelsdorf. (ka) Dort, wo 1313 die letzte große Ritterschlacht des Mittelalters ausgetragen wurde, wo Ludwig der Bayer Friedrich den Schönen besiegte, dort feierten die Gammelsdorfer am Wochenende mit unzähligen Gästen aus nah und fern das 700-jährige Jubiläum. „Unser Herz schlägt bayerisch“, rief Ministerpräsident Horst Seehofer aus, der sich „schwer vorstellen“ konnte, bei einem anderen Ausgang der Schlacht heute „Nordösterreicher“ zu sein. Auch Niederbayern sei damals in das bayerische Kernland eingegliedert worden. „Es war die Einleitung einer ganz neuen Epoche für Bayern“, sagte der Schirmherr der viertägigen Festivitäten.

Kardinal Reinhard Marx zelebrierte den Festgottesdienst auf dem Streitfeld. Er rief zu einem Durchbruch überall auf der Welt auf, Konflikte nicht mit Gewalt zu lösen. Dies sei eine der Botschaften



Bürgermeister Paul Bauer bedankte sich bei Ministerpräsident Horst Seehofer mit einem Erinnerungswappen vom 700-jährigen Schlachtenjubiläum. (kb)

der Schlacht. Bayern sei eine Gabe und eine Aufgabe zugleich, sagte er und legte den Festgästen nahe, „alles dafür zu tun, dass die bayerische Identität der Heimat gewahrt

bleibt“. Am Festumzug nahmen Delegationen aus allen vier Städten teil, die an der Schlacht beteiligt waren, darunter auch Straubing und Landshut.

Steinbrück kritisiert richtungslose Regierung

Berlin/Straubing. (ta) Mit einer scharfen Attacke auf Angela Merkel hat ihr Herausforderer Peer Steinbrück die heiße Phase des Wahlkampfes eingeläutet. In den vergangenen vier Jahren habe die Bundeskanzlerin zwar 50 Gipfel veranstaltet, aber kaum in die Zukunft des Landes investiert, kritisierte der frühere Finanzminister in einem Interview mit unserer Zeitung. Wörtlich sagte er: „Ja, sie provoziert niemanden, sie eckt nirgendwo an, aber das heißt auch, dass sie keine Richtung vorgibt.“ *Seite 7*

Seehofer will Länderfinanzen neu ordnen

Gedankenspiele um große Koalition: Merkel schließt Bündnis mit SPD nicht aus

Berlin. (dpa) Für Bayerns Ministerpräsidenten und CSU-Chef Horst Seehofer ist eine Neuordnung des Länderfinanzausgleichs Voraussetzung für die Unterschrift unter einen Koalitionsvertrag im Bund. „Wir werden das bestehende System nicht mehr hinnehmen“, sagte er der „Welt am Sonntag“. Bestimmte Maßnahmen müssten in der kommenden Legislaturperiode umgehend ergriffen werden. „Entfallen muss zum Beispiel die höhere Bewertung der Einwohner aus Berlin, Bremen und Hamburg im Vergleich zur bayerischen Bevölkerung. Wie das gesamte System nach 2019 aussieht, verhandeln wir in aller Ruhe. Aber auf einigen Sofortmaßnahmen bestehen wir“, sagte Seehofer.

Die Finanzminister der SPD-re-

gierten Länder wollen nach der Bundestagswahl laut „Spiegel“ eine umfassende Reform des föderalen Systems durchsetzen. So fordert der rheinland-pfälzische Ressortchef Carsten Kühl, der die sozialdemokratischen Länder im Bundesrat koordiniert, ein Ende der Dauerblockade von Bundestag und Länderkammer in der Steuerpolitik. Kühl will die Verteilung der wichtigsten Einnahmen des Staates wie der Einkommensteuer neu regeln.

Unterdessen haben Äußerungen von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) über eine große Koalition nach der Bundestagswahl FDP, SPD und Grüne aufgeschreckt. SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück bekräftigte am Sonntag, dass er für ein solches Bündnis nicht zur Verfü-

gung stehe. Mehrere SPD-Bundestagsabgeordnete wandten sich gleichwohl dagegen, eine solche Option auszuschließen. FDP-Generalsekretär Patrick Döring warnte Merkel in der „Bild am Sonntag“, dass SPD-Chef Sigmar Gabriel in diesem Fall alle Trümpfe in der Hand habe – „denn er hat immer auch die Option Rot-Rot-Grün“.

Merkel hatte ein Bündnis mit der SPD zuvor als nicht erstrebenswert bezeichnet, aber auch nicht vollständig ausgeschlossen. „Eine große Koalition strebt nun wirklich niemand an“, sagte die CDU-Chefin der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. Allerdings habe sie selbst einmal eine große Koalition geführt – „sodass ich völlig unglaublich wäre, wenn ich sie ausschliesse“. Im

ZDF-Sommerinterview bekräftigte die Bundeskanzlerin am Sonntag, sie wolle die Koalition mit der FDP auch bei einem knappen Wahlausgang fortführen. Sie rechne damit, dass die Bundestagswahl am 22. September „sehr, sehr knapp ausgehen wird“.

Fünf Wochen vor der Bundestagswahl können Union und FDP nach mehreren Umfragen allenfalls auf eine äußerst knappe Mehrheit hoffen. Nach einer Emnid-Umfrage für die „Bild am Sonntag“ kämen die Koalitionspartner zurzeit zusammen auf 46 Prozent, die Oppositionsparteien gemeinsam auf 44 Prozent der Stimmen. Nach den Zahlen des ZDF-„Politbarometers“ vom Freitag hat hingegen keines der politischen Lager eine Mehrheit.

Anzeigenservice • 08761/7410 0



Vertriebsservice • 0871/85024 10